Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 316. Freitag den 12. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einkommenschätzung für das Steuerjahr 1887 werden den Vorständen von juristischen Personen, Vereinen aller Art, sowie den Arbeitgebern ꝛc. gegenwärtig Formulare zur Anfertigung von Gehalts- bez. Lohnnachweisungen behändigt, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in §§. 36 und 37 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, verbunden mit §. 28 der dazu erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. October desselben Jahres, ausgefüllt **binnen 8 Tagen, von der erfolgten Behändigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark, die bei Versäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird, an die Filiale unserer Stadt-Steuer-Einnahme, Obstmarkt 3, III. Etage (Stadthaus),** abzugeben sind.

Hierbei wird ganz besonders hervorgehoben, daß für die auswärts wohnenden Arbeiter ꝛc. ebenfalls Lohnlisten und zwar für jeden Ort getrennt ausgefertigt und mit eingereicht werden müssen.

Sollten die betreffenden Vorstände, Arbeitgeber ꝛc. Formulare in ungenügender Anzahl oder bis zum 15. dieses Monats überhaupt nicht erhalten haben, können dieselben Solche an gedachter Expeditionsstelle entnehmen.

Leipzig, den 9. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Göhlitz.

Bekanntmachung.

Am 26. October dieses Jahres verstarb unser Armenpfleger und stellvertretender Districtsvorsteher

Herr Kaufmann **Friedrich Gustav Julius Stock.**

Unser Armenwesen verliert in ihm einen Mann, welcher treu seines Amtes gewartet hat. Wir verfehlen nicht, dem nun Verewigten unseren Dank in das Jenseits nachzurufen für seine treue Mithilfe an dem uns gemeinsamen Werke.

Leipzig, den 10. November 1886.

Das Armendirectorium.
A. R. 875. Ludwig-Wolf. K.

Der Inhaber des von unserm V. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Ser. II Nr. 121,096 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 15. Februar 1887 an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 10. November 1886.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1887 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt ab bis spätestens den 20. dieses Monats** auf dem Rathhause in der Schulexpedition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig das Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, am 6. November 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Vanitz. Lehnert.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Montag, den 15. November a. c.
Vormittags von 9 Uhr an
eine Partie getragene Kleidungsstücke, Wäsche, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 10. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Jungklaus.

Bekanntmachung.

Die Maurerarbeiten am Neubau des Pferdestallgebäudes auf dem Rittergute Stötteritz sind vergeben und werden daher die nicht berücksichtigten Herren Bewerber ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 30. October 1886.

Ib. 3997. 1179. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Die **Maler- und Lackirerarbeiten** an dem Anbau der 1. Bezirksschule sollen vergeben werden. Anschlagsformulare und Bedingungen sind bei Herrn Architekt E. Zeißig, Weststraße 74, zu erhalten. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „1. Bezirksschule" versehen bis 15. November Nachmittags 5 Uhr auf dem Bauamte abzugeben. Der Rath behält sich die freie Entschließung über Vergebung der Arbeiten vor.

Leipzig, den 10. November 1886.

Die Baudeputation des Raths.

Bekanntmachung.

Das für den am 4. Mai 1867 hier geborenen Schlosser Franz Curt **Ulbricht** von uns im Jahre 1883 unter 905 ausgestellte Arbeitsbuch, welches derselbe angeblich während einer in den Monaten September und October laufenden Jahres vorgenommenen Reise von der Schweiz nach Hamburg verloren hat, wird für ungiltig erklärt.

Leipzig, den 8. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
L. 8210. Dr. Georgi. Reichel.

Gesucht

wird der am 2. März 1851 in Langenbuch bei Plauen geborene Schneider

Johann Gottlieb Rauh,

welcher zur Zurückerstattung erhaltener öffentlicher Unterstützungen anzuhalten ist.

Leipzig, den 5. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. II. 3348. Ludwig-Wolf. Poppe.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Freitag, den 12. November 1886, Nachmittags 6 Uhr, in deren Sitzungssaale, Neue Börse. I.

Von der bekannt gemachten Tagesordnung kommt in Betracht:
Nr. 5. Bericht des Verkehrs-Ausschusses, den neuen Telegraphen-Tarif betr. Dagegen treten folgende Gegenstände hinzu:
4. d. Bericht des Bank-, Münz- und Börsen-Ausschusses, **die Aufnahme der wichtigeren Leipziger Curse in die Wolff'schen telegraphischen Nachrichten betr.**
5. Bericht des erweiterten Bank-, Münz- und Börsen-Ausschusses über die Denkschrift des Herrn **M. J. Bauer, betr. Einrichtung einer Export- und Import-Börse,** nebst Nachtrag.

Nichtamtlicher Theil.

Lord Salisbury's Rede in Guildhall.

Lord Salisbury's Rede beim Lordmayors-Banket hat zwar den darauf gerichteten Erwartungen nicht vollkommen entsprochen, aber es geht doch wenigstens daraus die Thatsache einer Annäherung Englands an Oesterreich-Ungarn hervor. Lord Salisbury hat erklärt, daß Englands Interessen gegenwärtig nicht berührt seien, daß es aber im Einvernehmen mit den anderen Mächten handele und sich nach den Entschlüssen der nächstbetheiligten Macht, Oesterreich-Ungarns, richten werde. „Times" und „Standard" legen diese Stelle der Rede des Ministerpräsidenten dahin aus, daß England Oesterreich nicht im Stich lassen werde, wenn es durch eine russische Occupation Bulgariens genöthigt werde, zu den Waffen zu greifen. Schließlich hat Salisbury der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Friede nicht gefährdet sei. Nach den vorangeschickten Sätzen kann dieser Schluß nur als Beschwichtigungsversuch angesehen werden, da Salisbury mit dem Verdammungsurtheil über die russische Politik in Bulgarien nicht zurückgehalten hat. „Europa hat die Eingriffe in die Rechte eines unabhängigen Volkes mit Bedauern gesehen", diese Erklärung kann in St. Petersburg ebensowenig mißverstanden werden wie die Behauptung, daß die an der Verschwörung vom 21. August betheiligten Officiere durch fremdes Geld verführt worden seien. Das ist die Antwort Englands auf die russischen Wühlereien in Bulgarien, auf die Sendung des Generals Kaulbars und auf die Bemühungen Rußlands, in Bulgarien und Ostrumelien Aufstände hervorzurufen. Rußland hat überhaupt in der neuesten Zeit viele unzweideutige Beweise dafür erhalten, daß Europa seine bulgarische Politik mißbilligt, und einer der drastischsten ist die angebliche Aeußerung des Grafen Andrassy, daß fünf kräftige Gesellen mit verschränkten Armen zuschauen, wie ein sich wehrendes Mädchen von einem betrunkenen Kosacken mißhandelt wird. Ganz zutreffend ist dieses Bild glücklicherweise nicht mehr, denn zwei dieser kräftigen Gesellen haben bereits lebhafte Zeichen ihres Unmuthes über das Betragen des betrunkenen Kosacken gegeben, und auch der dritte hat schon Bewegungen gemacht, welche erkennen lassen, daß seine Geduld gewisse Grenzen hat. Seit dem Zusammentritt der Delegationen in Pest ist ein frischerer Luftzug in die Bewegung des nichtrussischen Europas gekommen, es bleibt nicht mehr bei Kundgebungen der öffentlichen Meinung, sondern die Regierungen beginnen sich zu regen.

Mit den bulgarenfreundlichen Kundgebungen der Mächte hält die Politik der bulgarischen Regierung gleichen Schritt. Die Sobranje hat sich durch die Weigerung Rußlands, ihre Beschlüsse anzuerkennen, nicht abhalten lassen, das zu thun, was sie im Interesse des Landes für nothwendig erachtet, nämlich an Stelle des Fürsten Alexander einen neuen Fürsten zu wählen. Nachdem sich General Kaulbars geweigert hatte, die Nennung des russischen Candidaten für den bulgarischen Thron zu veranlassen, hat die Regentschaft selbstständig einen Candidaten aufgestellt, und die Sobranje hat den Prinzen Waldemar von Dänemark einstimmig gewählt. Karawelow benutzte diese Gelegenheit, um sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen; die bulgarische Regierung wird ihn also von jetzt ab zu ihren offenen Feinden zählen müssen, wie sie ihn bis dahin als ihren geheimen Feind betrachtet hat. Auf den Fall der Ablehnung der Wahl durch den Gewählten sind Regierung und Volksvertretung vorbereitet, die Regierung wird dann zurücktreten. Aus der betreffenden Meldung geht nicht hervor, ob unter Regierung Regentschaft und Ministerium oder nur das Letztere zu verstehen sei, die Wahl eines dritten Regenten an Stelle Karawelow's scheint aber anzudeuten, daß nur ein Wechsel des Ministeriums in Aussicht genommen ist.

Immerhin ist die Krisis in Bulgarien durch die Wahl des Prinzen Waldemar verschärft, weil es sich jetzt entscheiden muß, ob die bisherige Versöhnungspolitik fortgeführt oder noch russenfreundlicher gestaltet, oder durch eine entschieden russenfeindliche Politik ersetzt werden soll. Die Sobranje hat durch die entschiedene Abneigung gegen weitere Verständigungsversuche mit den Zankowisten bereits ihren Willen zu erkennen gegeben, der Versöhnungspolitik zu entsagen und mit Festigkeit die verfassungsmäßigen Rechte Bulgariens gegen die russischen Herrschergelüste zu vertheidigen. Wenn eine solche Politik jemals Erfolg haben kann, so wird er ihr jetzt am wenigsten fehlen. Die Thronrede des Kaisers Franz Joseph und die Rede Lord Salisbury's in Guildhall haben der bulgarischen Regierung eine werthvolle moralische Unterstützung gebracht, welche die Aufforderung enthält, muthig auszuharren in dem Widerstande gegen die russischen Gewaltthaten. Und wenn Rußland nicht den Frieden aufs Spiel setzen will, so muß es jetzt einhalten mit seiner Kosackenpolitik, es darf nicht zur Besetzung des Landes schreiten, sondern muß der Bestätigung des bulgarischen Strebens nach Selbstständigkeit Raum lassen. Die systematische Aufhetzungspolitik hat schmählich Schiffbruch gelitten, trotz der scheinbaren Gewaltthaten Rußlands hat die bulgarische Regierung heute noch das Heft in Händen. Der Aufstand in Burgas ist niedergeworfen, in Sofia und in Ostrumelien wird die Ruhe mit Hilfe des Belagerungszustandes aufrecht erhalten, und General Kaulbars ist mit seinem Latein zu Ende; wenn jetzt nicht die nöthige Truppenzahl aus Rußland erscheint, um die russische Herrschaft in Bulgarien mit Gewalt aufzurichten, dann ist der Mißerfolg seiner Sendung entschieden, und seine Abreise, aber in ganz anderem Sinne, als sie in dem neulichen Ultimatum angedroht wurde, ist nicht mehr zu vermeiden.

Es ist zweifelhaft, ob die Deputation, welche dem Prinzen Waldemar von Dänemark das Wahlergebniß persönlich mittheilen soll, überhaupt abreisen wird, weil die Ablehnung der Wahl auf telegraphischem Wege wahrscheinlich ist, aber die Wahl selbst entbehrt mit Rücksicht auf die veränderte Haltung Oesterreich-Ungarns und Englands doch nicht ganz der Bedeutung. Sie enthält den Beweis, daß Regierung und Volksvertretung in Bulgarien bestrebt sind, ihren verfassungsmäßigen Pflichten zu genügen, und wenn dieses Streben keinen Erfolg hat, so trägt nicht Bulgarien, sondern Rußland die Verantwortung. Die Thatsache der Wahl vom 10. November ist der Beweis, daß Rußland die Wiederkehr des gesetzlichen Zustandes in Bulgarien verhindert, gleichwie es den gesetzlichen Zustand, welcher unter der Regierung des Fürsten Alexander bestand, vernichtet hat. Rußland will die Selbstständigkeit Bulgariens, wie sie der Berliner Friedensvertrag bestimmt hat, durch die russische Willkür ersetzen, und Das ist es, was Oesterreich-Ungarn und England nicht zu dulden entschlossen sind. Die Rede Lord Salisbury's hat zwar gezeigt, daß volles Einverständniß über ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte gegen die russische Politik in Bulgarien noch nicht gewonnen ist, aber sie hat doch die Wahrscheinlichkeit des zukünftigen Einverständnisses bei weitem. Nichtachtung des Völkerrechts durch Rußland sehr nahe gerückt. Rußland hat seine Zufriedenstellung von unerfüllbaren Bedingungen abhängig gemacht, und aus diesem Grunde erscheint die feste Friedenszuversicht Salisbury's nicht hinreichend begründet. Die Bedeutung der Rede Salisbury's liegt unseres Erachtens darin, daß sie Oesterreich-Ungarn vor die Alternative stellt, die dargebotene Hand Englands zu ergreifen und seine Politik mit der englischen in Wechselbeziehung zu setzen oder den eigenen Weg weiter zu verfolgen. Das Letztere würde beweisen, daß Oesterreich-Ungarn auf die Unterstützung Englands nicht rechnet und deshalb auch keinen Werth darauf legt. Eine solche Zurückweisung wäre zwar nicht unverdient, aber hoffentlich wird England positive Verpflichtungen für den Fall einer russischen Occupation Bulgariens einzugehen bereit sein. Das wäre sicherlich die beste Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten. *

Leipzig, 12. November 1886.

* Der Marineminister von Caprivi führte seit einigen Jahren die zweckmäßige Neuerung ein, daß die auf auswärtigen weit entlegenen Stationen stationirten deutschen Kreuzercorvetten und Kanonenboote nicht mehr, wie früher der Fall, abgelöst werden, sondern eine ganze Reihe von Jahren daselbst stationirt bleiben, dagegen alljährlich einen Theil ihrer Besatzung an Officieren, Maschinenpersonal, Matrosen und Seekadetten wechseln. Länger als zwei Jahre bleibt in der Regel weder ein Officier noch ein Maschinist oder Matrose auf einer auswärtigen Station, sondern er wird binnen jener Frist abgelöst, um in die Heimath zurückzukehren, wenn auch das Schiff, auf dem er fuhr, oft noch in längerer Zeit nicht wieder heimkehrt. So sind jetzt mit dem deutschen Postdampfschiff „Salier" über 100 Matrosen von dem Kanonenboot 1. Classe „Albatroß" nach zweijähriger Dienstzeit in der australischen Gewässern nach Kiel und Wilhelmshaven zurückgekehrt, wie auch die Kreuzerfregatte „Bismarck" kürzlich Officiere und Mannschaften von dort heimsandte. Auf der anderen Seite sind vor einigen Wochen mit der Kreuzercorvette „Luise" einige hundert Mann zur Ablösung der Mannschaften der an der Westküste von Afrika stationirten Kanonenboote „Hyäne" und „Cyklop" abgesandt worden. Unter diesen Matrosen befinden sich auch mehrere Kamerun-Neger, welche im vorigen Jahre als Freiwillige auf den deutschen Kriegsschiffen Dienste nahmen, in Kiel und der Ostseeflotte ihre weitere militairische Ausbildung erhielten und nun in ihre afrikanische Heimath zurückkehren, um auf den dort stationirten deutschen Kriegsschiffen weiter fortzudienen. Es soll alljährlich eine bestimmte Zahl von Negern als Freiwillige auf der deutschen Flotte angenommen und in Deutschland militairisch ausgebildet werden, um dann heimzukehren und in den Stationen als Matrosen, Polizeisoldaten ꝛc. weitere Dienste zu leisten. Man ist mit der Disciplin und militairischen Intelligenz dieser Neger sonst ganz zufrieden, nur können sie das rauhe Klima an unserer deutschen Ost- und Nordseeküste sehr schwer vertragen.

* Von der Domfeier in Merseburg berichtet die „Hallische Zeitung" nach einem Augenzeugen noch Folgendes: „Bei der eingehenden Besichtigung des Domes trat der Kronprinz heran zu dem ebenfalls im ursprünglichen altchristlichen Stile von Neuem aufgerichteten Hochaltar, welcher bei der Feier durch einen kleineren Altar ersetzt worden war.

Der Kronprinz bemerkte, daß noch kein Kreuz auf dem Altare stand. Da durchzuckte es den Erben der deutschen Kaiserkrone wie eine himmlische Eingebung, über sein Antlitz senkte sich gleichsam der Ausdruck der folgenreichen symbolischen That, die er zu begehen im Sinne trug. So begab er sich in die Sacristei, wo ein Crucifix seiner erhabenen Bestimmung zu harren schien, ergriff mit beiden Händen dieses Bild des Heilandes, trug es und stellte es auf den Hochaltar.

Mit hocherhobenem Haupte wandte sich nun der Hohenzollernfürst an die Umstehenden, welche tiefergriffen Zeuge dieses Vorganges waren, mit der inhaltvollen Frage im Tone der Gewißheit:

„Glauben Sie, daß das Kreuz hier stehen bleiben wird?"

Der Bedeutung des Momentes entsprechend herrschte tonlose Stille ringsum. Aber Vieler Augen füllten sich mit Zähren der Freude und des Dankes, und in allen Zügen lebte die Gewißheit auf, daß der Thronerbe des deutschen Reiches dem Evangelium kein Lüttchen entreißen lassen, sondern dafür sorgen wird, daß man Gottes Wort stehen lasse, des Herrn Wort und des Herrn Symbolum, das Kreuz des Christenthums."

* Ueber die polnischen Recruten der preußischen Armee wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Die preußische Militairverwaltung hat nunmehr auch den ersten Schritt gethan, um den Polonisirungsbestrebungen in den Provinzen Posen und Westpreußen praktisch entgegenzutreten. Bei der im Gange befindlichen Einstellung von Ersatzmannschaften ist man wieder zu den vor 50 Jahren geübten Grundsätzen zurückgekehrt, die polnisch redenden Recruten gründlich Regimentern zuzuweisen, welche außerhalb der beiden genannten Provinzen stehen. Es ist nicht anders Acht zu lassen, daß, abgesehen von dem günstigen Umstande, diese sogenannten Polen drei Jahre in rein deutscher Umgebung zu wissen, auch noch die Thatsache in Betracht kommt, daß ein Theil dieser Mannschaften nach Ablauf der Dienstzeit bürgerliche Beschäftigung in dem betreffenden Garnisonort sucht und auf diese Weise sich mit der Zeit vollkommen germanisirt. Wenigstens ist ein solcher „Pole" dann in Altona oder Karlsruhe dem Einfluß der Herren polnischen Geistlichen ebenso sehr entzogen als demjenigen des weiblichen Polenthums. Schließlich sei noch bemerkt, daß die mehr nach Westen liegenden Armeecorps um deswillen diesmal wohl keinen polnischen Ersatz erhalten haben, weil dort schon die Recruten aus Elsaß-Lothringen untergebracht werden, deren Einreihung in besonderer, sich nur aus den Reichslanden ergänzende Truppentheile vor der Hand noch nicht thunlich sein dürfte. Uebrigens muß sowohl bei den wegen der Ersatzmannschaften aus Elsaß-Lothringen als derjenigen aus Posen und Westpreußen getroffenen, eben besprochenen Maßregeln immer wieder besonders betont werden, daß hierdurch kein Mißtrauen in die Zuverlässigkeit dieser Mannschaften ausgedrückt werden soll — dem hierzu ist nicht die geringste Veranlassung vorhanden —, sondern es handelt sich in erster Linie darum, dieselben dem politischen Einflusse gewisser heimathlicher Elemente zu entziehen. Namentlich französischen Anspielungen gegenüber, welche mit Vorliebe darauf hinweisen, daß die Elsaß-Lothringer in die Verbannung geschickt würden, weil man ihnen militairisch kein volles Vertrauen schenke, ist hervorzuheben, daß heutzutage noch die französische Regierung aus rein politischen Gründen es nicht wagt, Regimenter aus lauter Bewohnern der Vendée, der Bretagne oder des Departements der Seine zusammenzukleiden, und deshalb auch für die Linie keine Territorial-Eintheilung kennt.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage:

Ein Vorgang bei der neulichen Ersatzwahl zum preußischen Landtag in Marburg ist für die Zustände in der conservativen Partei bezeichnend. Dort hatte der bisherige conservative Vertreter, Abg. Schreiber, sein Mandat wegen Beförderung im Staatsdienst verloren, sich aber bereit erklärt, aufs Neue als Candidat aufzutreten. Er wurde indessen einfach fallen gelassen und statt seiner ein hochkirchlich-conservativer Herr von Stersberg gewählt, und dabei wird offen eingestanden, daß Jener nur darum beseitigt wurde, weil er den Antrag von Hammerstein über die selbstständige Stellung der evangelischen Kirche, der sich nachgerade zu einem Angelpunkte unseres inneren politischen Lebens zu gestalten scheint, nicht unterschrieben hat. Eine schroffere und rücksichtslosere Vergewaltigung einer gemäßigteren durch eine extreme Richtung innerhalb derselben Partei dürfte noch nicht vorgekommen sein, und die erstere kann aus dem Vorgang einen Vorgeschmack bekommen, was ihr bei neuen allgemeinen Wahlen von ihren klerikal-reactionairen Parteigenossen droht. In demselben Augenblick, wo anerkannte conservative Parteiführer auf das Hochbedenkliche der in dem Hammerstein-Kleist'schen Gesetzentwurf enthaltenen Bestrebungen eindringlich hinweisen wird der Widerspruch gegen diese Bestrebungen von den Mitgliedern derselben Partei mit dem Verluste des Mandats bestraft. Es ist Zeit, daß die gemäßigteren Elemente der conservativen Partei sich gegen das terroristische Treiben einer Gruppe der äußersten Rechten energisch wehren, wenn sie nicht vollständig verschlungen werden wollen. Die Agitation, welche seit Monaten mit dem Hammerstein'schen Antrag in den Kreisen der evangelischen Geistlichen getrieben wird, beweist, daß die Veranstalter hier das Feld zu einer wirkungsvollen Action gefunden zu haben glauben, um die ganze conservative Partei in die Bahnen des Hochkirchenthums und der äußersten politischen Reaction zu treiben. Es ist sehr bezeichnend, daß die Ultramontanen diese hierarchischen Bestrebungen auch in der „Schwesterkirche" eifrig unterstützen und ihre Beihilfe im Landtag zusichern, und daß diese Bewegung zusammenfällt mit einer ebenfalls von conservativer Seite ausgegangenen Anregung zu einem festeren Zusammenschluß der nationalen Parteien. Diese letztere Anregung fand in den Kreisen, aus denen der Antrag Hammerstein hervorgegangen ist, alsbald den lebhaftesten Widerspruch; statt dessen ist die „Kreuzzeitung" unausgesetzt bemüht, der Verständigung und möglichst engen Verbindung mit dem Centrum die Wege zu ebnen. Wir können nur der „Post" zustimmen, wenn sie sagt: „Gegenüber diesen planmäßigen und entschlossenen Angriffe auf der ganzen Linie entwickelt die gemäßigte Richtung bisher nur eine schwächliche und sehr verzagte Defensive. Will die Parteileitung der Anregung eines festeren Zusammenschlusses der nationalen Parteien praktischen Fortgang schaffen, so wird sie ungleich energischer als bisher sich Geltung verschaffen müssen, sonst wachsen ihr die Hochkirchlichen über den Kopf und das Schwergewicht der Partei fällt in eine Richtung, welcher zwar die Heeresfolge gegenüber Herrn Windthorst, nicht aber eine Verständigung mit den Mittelparteien möglich ist."

* In dem preußischen Landtagswahlkreis Hünfeld-Fersfeld (Reg.-Bez. Kassel) ist an Stelle des verstorbenen ultramontanen Abg. Rübsam der conservative Candidat, Landrath Kreseler, mit 97 gegen 64 Stimmen gewählt worden. Der Wahlkreis befand sich seit 1870 unausgesetzt in den Händen des Centrums, das hier immer mit großer Mehrheit siegte. Unter diesen Umständen ist die Wahl von Interesse und Bedeutung.

* Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus im 1. Berliner Wahlkreis werden die nationalliberalen Wahlmänner für den Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins, Baurath Kyllmann, stimmen. Ohne auf einen praktischen Erfolg zu rechnen, glaubten sie doch im Interesse der nationalliberalen Partei zu handeln, wenn sie auch bei dieser Gelegenheit Zeugniß von ihrem Dasein ablegen. Die conservativen Wahlmänner werden für den Landesdirector von Levetzow, die Deutschfreisinnigen für Director Dr. Hermes stimmen. Letzterer wird natürlich gewählt werden.

* Prinz Waldemar, der jüngste Sohn des dänischen Königspaares, ist am 27. October 1858 geboren und seit dem 25. October 1885 mit der Prinzessin Marie von Orleans, Tochter des Herzogs von Chartres, verheirathet. König Georg von Griechenland ist bekanntlich ein Bruder Waldemar's, und da Griechen und Bulgaren die stärksten Gegensätze und Nebenbuhlerschaften repräsentiren, die unter den Balkanvölkern herrschen, so würde den beiden Brüdern eine schöne Mission des Friedens erwachsen, namentlich in dem vom Streit zwischen Griechen und Bulgaren zerrissenen Macedonien. Der Name des Prinzen Waldemar als Nachfolger des Fürsten Alexander tauchte bereits nach der Moskauer Krönung auf, bei welcher Fürst Alexander von Bulgarien vor dem Zaren erschien, aber einen sehr wenig gnädigen Empfang fand. Damals stand Zankow, der jetzt die Stütze des Russenthums in Bulgarien bildet, in schroffster Opposition gegen die russischen Diplomaten und Officiere, welche dort schalteten. Er verband sich mit den Liberalen, die suspendirte Verfassung wurde wieder eingeführt, Kaulbars und Skobelew kehrten nach Rußland zurück. Gelegentlich der bekannten Familienzusammenkunft zu Kopenhagen im Jahre 1883, bei welcher auch Gladstone zu Gaste war, wurde die Candidatur des Bruders der russischen Kaiserin mit großem Nachdruck in den Blättern gemeldet, welche intime Notizen über jene Zusammenkunft brachten. „Du hast erreicht, Octavia!" Ob indessen Prinz Waldemar den Panslavisten eben so sympathisch sein würde, als er es zweifellos der kaiserlichen Familie in Gatschina ist, das ist eine wohl aufzuwerfende Frage, denn der Bruder der